

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Oktober 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

P 26 Postulat Dubach Georg und Mit. über die Ausarbeitung eines Mobilitätskonzeptes und die Prüfung der Wiedereinführung des Personenverkehrs der Sursee-Triengen-Bahn im Zusammenhang mit dem Neubau des Spitals Sursee / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Georg Dubach hält an seinem Postulat fest.

Georg Dubach: Mit dem Postulat verlange ich ein Mobilitätskonzept für Sursee. Dieses Konzept soll sich auf die Optimierung des Gesamtverkehrssystems bei den Kantonsstrassen rund um die Autobahnausfahrt Sursee stützen und als mögliche Problemlösung die Reaktivierung des Bahngleises der Sursee-Triengen-Bahn für den Personenverkehr vorsehen. Die Regierung unterstützt dieses Konzept in ihrer Stellungnahme und beurteilt das Postulat als zielführend und notwendig, insbesondere im Hinblick auf den Spitalneubau. Auch eine mögliche Wiedereinführung des Personenverkehrs auf der Sursee-Triengen-Bahn soll geprüft werden. So weit, so gut. Die Schlussfolgerung der Regierung verstehe ich aber nicht. In ihrer Stellungnahme schiebt sie die Verantwortung auf das Luzerner Kantonsspital (LUKS) ab und beantragt ohne eine Begründung die teilweise Erheblicherklärung des Postulats. Das lässt mich annehmen, dass sich die Regierung der Brisanz des täglichen Verkehrschaos rund um Sursee nicht bewusst ist. Wir wissen alle, dass im Gebiet der Autobahnausfahrt Sursee bereits heute täglich grosse Verkehrsprobleme herrschen: Stau in den Stosszeiten in alle Richtungen, ungenügende öV-Angebote, insbesondere für das Industriegebiet Sursee, und für die Radfahrerenden, Schülerinnen und Schüler sowie den Fussverkehr herrscht eine unzumutbare und äusserst gefährliche Verkehrssituation. Nun wird genau in diesem Gebiet ein neues Spital gebaut, und unsere Regierung beurteilt diese unsägliche Verkehrssituation als nicht erheblich. Das kann ich in keiner Art und Weise nachvollziehen. Mit einer teilweisen Erheblicherklärung des Postulats wird die Bevölkerung rund um Sursee nicht ernst genommen. Wir müssen heute ein Zeichen setzen und aufzeigen, dass der Verkehr trotz der Realisierung des neuen Spitals in dieser Region organisiert werden kann. Ich halte deshalb an der Erheblicherklärung beziehungsweise dem Prüfauftrag fest. Setzen wir also ein Zeichen Richtung Sursee und stimmen der Erheblicherklärung zu.

Mario Cozzio: Es ist tatsächlich so, dass die Planung des neuen Spitals auf Schenkoner Boden zwischen Geuensee und Sursee eine hohe Relevanz für den Kanton hat, aber natürlich auch für die Region. Wir haben ein Bahngleis, das praktisch direkt neben dem neuen Spital verläuft. Während der Stosszeiten haben wir sehr oft Verkehrsprobleme mit dem Auto, aber auch mit dem öV. Es gibt nur einen Bus, der von Sursee ins Suhrental fährt. Mit dem

vorliegenden Postulat haben wir die Chance, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Die GLP-Fraktion stimmt daher der Erheblicherklärung zu. Wir bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

Roger Zurbruggen: Die Mitte-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Es ist unumstritten, dass es rund um die Erschliessung des neuen Spitals auf der Schwyzermatt ein umfassendes Mobilitätskonzept braucht, welches kompatibel ist mit dem Mobilitätskonzept des Suhrentals und der angrenzenden Regionen. Die Mobilität rund um ein Regionalspital betrifft lokale Aspekte, welche die Bauherrin und die Standortgemeinde betreffen. Darüber hinaus aber ergeben sich Koordinationsaufgaben in Bezug auf den öV und das Kantonsstrassennetz, wofür der Verkehrsverbund Luzern (VVL), der Gemeindeverbund des regionalen Entwicklungsträgers (RET) und die kantonale Dienststelle für Verkehr und Infrastruktur (Vif) zuständig sind. Salopp gesagt: Die Bauherrin konzipiert bis zum nächsten Kreisel, die Standortgemeinde überlegt sich eine Anpassung der Verkehrsströme in Sursee, der RET denkt innerhalb des Suhrentals, und der VVL optimiert betriebswirtschaftlich die Buslinien. Aber wer koordiniert das Ganze, inklusive einer Prüfung von Optionen wie der Wiedereinführung des Personenverkehrs mit der Sursee-Triengen-Bahn, wenn nicht der Kanton? Dies zuhanden der Standortgemeinde und der Spitalbetreiberin, wie es das Postulat verlangt. Es ist für uns klar, dass diese Koordinationsaufgabe beim Kanton liegt und nicht von unten her, also von der Bauherrin, koordiniert werden soll. Es entspricht einem Prinzip, dass übergeordnete Koordinationsaufgaben jeweils von der Organisationsstufe oder Staatsebene ausgeführt werden, welcher die zu koordinierenden Ebenen direkt angeschlossen sind.

Fabrizio Misticoni: Die sehr angespannte Verkehrssituation in und um Sursee wird in der Stellungnahme der Regierung und auch in den Voten meiner Vorredner klar dargelegt. Die neue Situation mit dem geplanten Spital wurde ebenfalls erläutert. Die Grüne Fraktion begrüsst es sehr, dass die Regierung die Reaktivierung der Sursee-Triengen-Bahn grundsätzlich positiv aufnimmt und sich diese Option offenhält. Aber aus unserer Sicht ist es absolut nicht nachvollziehbar, weshalb die Regierung nur die teilweise Erheblicherklärung beantragt. So heisst es in der Stellungnahme der Regierung: «Das Ziel ist klar: den Raum Sursee als zweites urbanes Zentrum des Kantons stärken und gemeinsam nachhaltig entwickeln. Die Verkehrsthematik soll gesamtheitlich angegangen werden [...]» Dann folgt aber die Einschränkung: «Übergeordnete Erschliessungsfragen wie etwa die Wiedereinführung des Personenverkehrs auf der Linie der Sursee-Triengen-Bahn dagegen sind nicht Teil des Mobilitätskonzeptes respektive Aufgabe der Bauherrschaft.» Diese beiden Aussagen widersprechen sich jedoch. Ich kann vielleicht nachvollziehen, dass die Bauherrin, also die LUKS-Gruppe, in ihrem Mobilitätskonzept nur Teilaspekte beachten muss. Aber wenn man in der ersten Aussage erklärt, dass die Situation gesamtheitlich angegangen werden muss, braucht es einen grösseren Effort und mehr als nur die Planung des LUKS. Genau deshalb ist ein Gesamtmobilitätskonzept nötig, wie es auch gefordert wurde. Es braucht keine einzelnen Planungen, sondern einen übergeordneten und verbindlichen Ansatz in der ganzen Region. Der Kanton muss Verantwortung übernehmen. Die Situation in der Region Sursee erlaubt kein halbherziges Vorgehen. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Martin Waldis: Wenn man das Anliegen von Georg Dubach auf die Schnelle liest, kommt man kurzum zur Ansicht, dass es sich hier um einen Prüfauftrag eines Nostalgikers handelt, der eine Wiederbelebung einer Touristenattraktion in die Wege leiten will. Durch das vertiefte Einlesen in die Geschichte der Sursee-Triengen-Bahn wurde ich eines Besseren belehrt und musste dem Postulat mehr Respekt und Berechtigung entgegenbringen. Fragen der Rentabilität und wiederum der Nutzen im gesamten Projekt «Zukunft Mobilität im Kanton Luzern» (Zumolu) als Ganzes haben aus unserer Sicht ihre Berechtigung. Es ist zu wünschen, dass die aus der Geschichte gewonnenen Erkenntnisse mit einbezogen werden und nicht

wieder bei null angefangen wird, um kosteneffizient zu arbeiten. Langfristig erachten wir eine Wiedereinführung des Personentransports in dieser wachsenden Region als sinnvoll, nicht zuletzt, wenn es zu einer Entlastung führt, was wiederum für das wirtschaftliche Tagesgeschäft von grossem Nutzen sein wird. Auch wenn die Prüfung schon Bestandteil des Agglomerationsprogramms Luzern der 5. Generation und beim Bund angemeldet ist, darf der Wichtigkeit des Anliegens ein «Schubs» verpasst werden. Ein interessiertes Einlesen in Anliegen anderer Regionen unseres Kantons kann ab und zu zu einem Umdenken verhelfen, was wiederum der eigenen Region, in der man lebt, früher oder später wieder zugutekommt. Die SVP-Fraktion unterstützt die teilweisen Erheblicherklärung mit Drang nach erheblich mit der Bitte, das Anliegen bei einer teilweisen Erheblicherklärung in die oberste Schublade auf dem ersten Stapel zu platzieren.

Sarah Bühler-Häfliger: Weil der Verkehr auf der Strasse zu oft stehen bleibt, wird ein Konzept zur Optimierung des Gesamtverkehrssystems der Region Sursee erarbeitet. Der VVL und Sursee Plus arbeiten daran, die Knoten auf der Achse Suhrental und Sursee aufeinander abzustimmen, um die Abwicklung des Gesamtverkehrs in nützlicher Zeit zu ermöglichen. Das ist dringend nötig, wie der Regierungsrat auch ausführt, weil die ganze Region Sursee und vor allem das Industriegebiet, das weiter prosperiert und wo das neue Spital zu stehen kommt, auch sehr stark mit Verkehr belastet ist. Für den Fuss- und Veloverkehr fehlen sichere Wege. Im Gebiet, wo das neue Spital gebaut wird, kommen die Achsen aus dem Suhrental, aus Beromünster, Schenkon und Sursee, zusammen, und auch der Autobahnzubringer befindet sich dort. Mit dem Neubau des Spitals ist ein weiteres grosses Verkehrsaufkommen zu erwarten, weil einerseits Mitarbeitende, Zulieferdienste usw. zum Spital gelangen müssen und weil andererseits viele Menschen ins Spital zu Besuch gehen. Das Gebiet hat einen hohen Stellenwert und eine grosse strategische Bedeutung für die ganze Region Sursee. Wir begrüßen es sehr, dass der Kanton das Problem erkannt hat und zusammen mit Sursee Plus und dem VVL auf dem Weg ist, um nach Lösungen zu suchen. Gerade auch die Lichtsignalanlage beim Zollhaus, die dem Bus bei Bedarf den Vortritt gewähren kann, hat schon einige Wirkung gezeigt. Es ist aber noch mehr Potenzial vorhanden. Potenzial ist auch auf dem bereits bestehenden Bahngleis der Sursee-Triengen-Bahn vorhanden. Eine Verkehrsdrehscheibe beim Spital für den motorisierten Individualverkehr (MIV), den öV sowie den Velo- und Fussverkehr ist eine zukunftsweisende Vision, die der Mobilitätsstrategie des Kantons entspricht und attraktive Verkehrsanbindungen für die ganze Region ermöglicht. Es ist ein wichtiger Standortfaktor. Eine Zuganbindung ist attraktiv. Es gilt zu bedenken, dass der Kanton nicht die alleinige Entscheidungskompetenz hat, und es kann sein, dass eine lange Vorlaufzeit mit einem grossen Zeithorizont nötig ist, bis ein Personenzug realisiert werden kann. Schneller umsetzbar ist ein Gesamtmobilitätskonzept, das leistungsfähige Bus-, Velo- und MIV-Verbindungen ermöglicht und dadurch die Strasse entlastet. Dieser Brennpunkt in Sursee ist von so grosser Wichtigkeit, dass der Kanton unbedingt seine koordinierende Funktion wahrnehmen und mit seiner Expertise die nötige Abstimmung zwischen allen Verkehrsmitteln führen soll. In Anerkennung dieser zentralen Funktion des Kantons stimmt die SP-Fraktion der Erheblicherklärung zu.

Rolf Bossart: Es würde sich nicht gut machen, wenn ich mich zu diesem Postulat nicht äussern würde. Erstens geht es um die Standortgemeinde des geplanten Spitals, und zweitens war ich als Bauvorsteher von Schenkon bei der Planung involviert. Inzwischen gehöre ich dem Gemeinderat nicht mehr an und kann entsprechend meine Meinung vertreten. Ich verstehe nicht, weshalb die Regierung nicht die Erheblicherklärung beantragt, da ich die Vorgeschichte kenne. Es gibt bereits unzählige Dokumente, die aus X unsäglichen Sitzungen stammen. Man ist aber keinen Millimeter weitergekommen, weil die

Interessenlagen unterschiedlich waren. Genau dieser Prüfauftrag gibt die Gelegenheit, all diese Dokumente zur Hand zu nehmen und keine neuen für Hunderttausende von Franken zu erstellen. In der Zwischenzeit haben sich nur die Zahlen geändert: die Verkehrsströme, die Stosszeiten und die Wartefristen. Das ist bekannt. Es gibt sehr gute Modelle dazu, eines nennt sich «Arendt-Modell». Für ein solches haben wir viel Geld bezahlt. Aus diesem Modell lassen sich alle Zahlen herauslesen. Man weiss genau, wann wo und wie lange gestanden wird. Das Bahntrasse kann umgenutzt werden, auch solche Varianten wurden geprüft. Auf dem bestehenden Trasse respektive den Ausscheidungen links und rechts der Baulinie könnten selbst Lastwagen fahren. Über solche Möglichkeiten wurde bereits diskutiert. Man muss also nicht nochmals bei null anfangen. Was allenfalls auch den Regierungsrat zur teilweisen Erheblicherklärung bewogen haben könnte, ist, dass man sich gegenwärtig mitten in einem Agglomerationsprogramm befindet und übergeordnet auch der Bund mit im Boot ist. Man kann das Postulat aber durchaus erheblich erklären.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich spüre eine gewisse Unzufriedenheit, aber unsere Meinungen gehen eigentlich nicht so weit auseinander. Es gibt aber schon einen Punkt, an dem die Haltung der Regierung von Ihren Voten abweicht. Es ist uns bewusst, dass der Raum Sursee das zweite Zentrum des Kantons ist. Das haben wir klar postuliert, indem wir neu auch das Agglomerationsprogramm Luzern der 5. Generation auf den Raum um Sursee ausgedehnt haben. Dieser Raum verzeichnet ein starkes Wachstum, und mehrere Gemeinden sind betroffen. Es ist einerseits eine Chance, auch über die Finanzierung des Agglomerationsprogramms des Bundes Infrastrukturen mitfinanzieren zu helfen. Aber auch die bessere Abstimmung der Infrastrukturen zwischen den Gemeinden und dem Kanton kann in diesem Programm gemeinsam geplant werden. Das ist ein wichtiger, zentraler Schritt. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Infrastruktur und das Mobilitätsangebot. Der Spitalstandort Schwyzermatt ist dabei eine zusätzliche Herausforderung, er bietet aber auch Chancen für eine gesamtheitliche Erschliessung. Schon heute ist es zur Hauptverkehrszeit schwierig, sich vor allem mittels MIV oder öV staufrei von Ort zu Ort zu bewegen. Das ist aber auch in anderen Regionen mit dichten Siedlungen der Fall. Der Kanton Luzern befasst sich seit Langem auch im Raum Sursee mit den künftigen Verkehrsmöglichkeiten. Die Varianten zur Optimierung des Verkehrssystems sind vorhanden und in Abstimmung mit der Region im Detaillierungsgrad zu verfeinern. Auch die ganzheitliche öV-Erschliessung der Region ist beim VVL eine Daueraufgabe. Das muss koordiniert mit dem Strassenraum erfolgen. Unser Rat ist in diesem Sinn mit dem Anliegen des Postulats völlig einverstanden, dass der neue Spitalstandort mit allen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein und dazu ein Mobilitätskonzept erstellt werden muss. Das Mobilitätskonzept für den Spitalstandort ist Aufgabe der Bauherrschaft, wie das auch bei anderen Bauprojekten der Fall ist, die von Privaten realisiert werden. Das LUKS befasst sich seit der Standortfestlegung mit der Erschliessung des Areals. Das ist eine zwingende Voraussetzung für die Einzonung. Natürlich wirken wir auch mit. Die übergeordneten Erschliessungsfragen wie zum Beispiel die Reaktivierung der Sursee-Triengen-Bahn sind nicht Aufgabe des LUKS, sollen aber in die Überlegungen des LUKS und des Kantons einfließen. Das zukünftige Spitalareal wird in die laufenden Planungen des Kantonsstrassennetzes eingebunden. Einzelne Massnahmen sind bereits im Agglomerationsprogramm der 5. Generation festgehalten. Wo unterscheiden sich unsere Meinungen? Die Regierung ist kritisch, ob die Reaktivierung der Sursee-Triengen-Bahn richtig ist, auch aufgrund der Distanz der Bahngleise zum Spital. Gerade für Menschen mit körperlichen Einschränkungen wäre diese Distanz nicht machbar. Die Entscheidungskompetenz über den Ausbau der Infrastruktur liegt zudem beim Bund. Aus den

genannten Gründen beantragt die Regierung die teilweise Erheblicherklärung.
Der Rat erklärt das Postulat mit 97 zu 8 Stimmen erheblich.